

Energie der Zukunft – grün gewinnt



in der Bremischen Bürgerschaft



4 [Vorwort](#) ■ *Dr. Karin Mathes und Karoline Linnert*

7 [Das Bremer Landesenergieprogramm – glatter Selbstbetrug](#)

8 [Land Bremen: CO₂-Emissionen Endenergieverbrauch](#)

9 [Nah am Wasser gebaut –](#)

Wenn der Klimawandel nicht gebremst wird, geht Bremen baden

11 [Sonnige Zeiten – Werbeoffensive für Solarenergie](#)

12 [Unter vollen Segeln – Windenergie ausbauen](#)

13 [Wasser Marsch – Weserkraftwerk endlich bauen](#)

14 [Energiesparen – ein dickes Plus für Umwelt und Konto](#)

Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden auf Sparflamme

15 [Damit die Zukunft nicht verbaut wird](#)

17 [Energiewende – Chancen fürs Handwerk](#)

19 [Das Bohren dicker Bretter](#)

Die Bremer Politik und der Klimaschutz – Eine kleine Dokumentation

Auswahl grüner parlamentarischer Initiativen seit 2003 (16. Wahlperiode)

20 [Hochwasserschutz: Brisanz verkannt](#)

Auszug aus der Aktuellen Stunde des Parlaments am 21. 8. 02

21 [Wasserkraftwerk: Was lange währt...](#)

Auszüge aus der Parlamentsdebatte am 20. 4. 05

22 [Kohlekraftwerk: Alle guten Vorsätze vergessen](#)

Auszüge aus der Parlamentsdebatte am 21. 3. 06

23 [Impressum](#)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Energiepolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen: Der Klimawandel ist spürbar, die Ressourcen werden knapper und die Energie teurer. Dass die Atomkraft keine Alternative sein kann, ist klar. In Zukunft werden wir aber auch zunehmend auf fossile Energieträger wie Öl und Kohle verzichten müssen. Doch die große Koalition in Bremen hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Viel zu wenige Maßnahmen hat der Senat auf den Weg gebracht und die wenigen viel zu zögerlich umgesetzt.

Und das, obwohl es kurz vor Zwölf ist: Hurrikane ungeahnter Ausmaße, andere extreme Witterungsereignisse, Aufheizen des Klimas und Anstieg des Meeresspiegels – in Verantwortung für die Welt muss der Klimawandel gebremst werden, muss die Kohlendioxidproduktion drastisch verringert werden. Bremerhaven als Küstenstandort wäre von einem erhöhten Meeresspiegel direkt betroffen. Aber auch in der Stadt Bremen drohen durch die Verbindung der Weser zur Nordsee Überschwemmungen, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

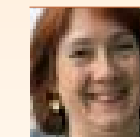
Jede/r Einzelne, jede Kommune, jedes Land und jeder Kontinent muss einen Beitrag leisten. Energie muss zunehmend aus Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme gewonnen werden. Gleichzeitig müssen wir die Energienutzung optimieren. Die beste Energie ist immer noch die eingesparte, das ist die Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Energiepolitik ist für uns Grüne von zentraler Bedeutung. Nicht nur, weil mit der Energiewende die Umwelt geschont und Arbeitsplätze geschaffen werden, weil sie zur Symbiose von Ökologie und Ökonomie führt. Sie ist auch zwingend, um unsere Verantwortung für globale und Generationengerechtigkeit wahrzunehmen. Von den dramatischen Folgen des Klimawandels sind heute vor allem die armen Länder dieser Welt betroffen. Und auch wenn wir das volle Ausmaß des Klimawandels noch nicht spüren, unsere Kinder und Enkel werden es.

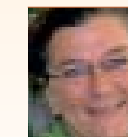
Mit dieser Broschüre stellen wir vor, was die rot-schwarze Regierung in Bremen versäumt hat und wie die grüne Bürgerschaftsfraktion die Energiewende voranbringen will. Das reicht vom konsequenten Einsatz erneuerbarer Energien über umweltgerechte Bauplanungen bis hin zu Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden. Aber nicht nur die Politik ist gefragt. Jede/r Einzelne kann einen individuellen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dazu geben wir einige Tipps.

Der Klimawandel und schwindende Rohstoffe zwingen zum Handeln. Der alte grüne Slogan ›Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt‹ ist aktueller denn je. Handeln wir danach!

Bremen, im Oktober 2006



Karoline Linnert
Fraktionsvorsitzende



Dr. Karin Mathes
**Umwelt- und energiepolitische
Sprecherin der
grünen Bürgerschaftsfraktion**

Das Bremer Landesenergieprogramm – glatter Selbstbetrug

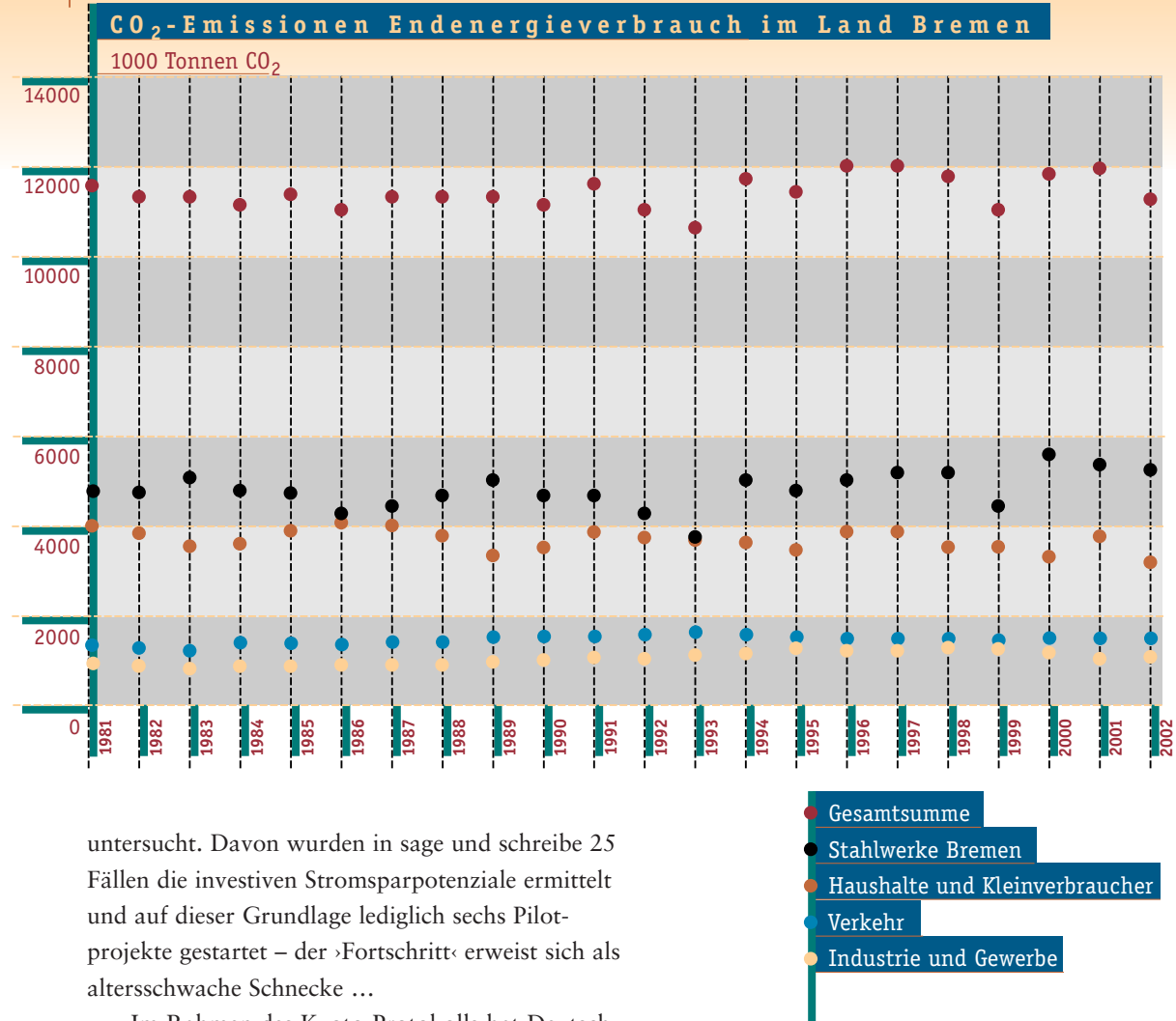
Klimaschutz ist in Bremen keine Erfolgsstory. Im Landesenergieprogramm (LEP) von 1994 wurde ein ehrgeiziges Ziel formuliert. Bis zum Jahr 2005 sollten die energiebedingten CO₂-Emissionen drastisch gesenkt werden: Im Vergleich zum Jahr 1987 sollte der Wert um 30 Prozent verringert werden. So viel zur Theorie – die Praxis sieht anders aus.

Bereits bei der ersten Fortschreibung des LEP 1996 verabschiedet sich der Senat von seinem ursprünglichen Einsparziel: 30 Prozent CO₂-Senkung werden – weil angeblich unrealistisch – verworfen. In der zweiten Fortschreibung 2001 ist nur noch eine Minderungsrate von 11,6 Prozent anvisiert. Aber auch diese niedrig gelegte Latte wird gerissen: Das statistische Landesamt hat den jährlichen CO₂-Ausstoß ermittelt: Er hat sich kaum geändert und liegt von

1981 bis 2002 jeweils um die 12 Millionen Tonnen – von Einsparungen keine Spur!

Die Erfolgsmeldungen des Senats sind der reinste Selbstbetrug: Die große Koalition klopft sich auf die Schulter und errechnet die Effekte aus geförderten Maßnahmen. Natürlich haben die Investitionen im Einzelfall die CO₂-Freisetzung verringert. Aber kein Wort darüber, dass in der gleichen Zeit die Gesamtemission in Folge des steigenden Energieverbrauchs fast konstant geblieben ist. Die Bilanz ist angesichts der ursprünglichen Ziele mehr als kläglich – Stagnation statt der dringend notwendigen Senkung der CO₂-Belastung!

Wie ›ernst‹ es der großen Koalition mit dem Klimaschutz ist, verdeutlicht das offizielle im Jahre 2002 beschlossene Stromsparprogramm 2002 bis 2008. Seit Mitte 2002 wurden insgesamt 50 öffentliche Gebäude mit auffällig hohem Stromverbrauch



untersucht. Davon wurden in sage und schreibe 25 Fällen die investiven Stromsparpotenziale ermittelt und auf dieser Grundlage lediglich sechs Pilotprojekte gestartet – der ›Fortschritt‹ erweist sich als altersschwache Schnecke ...

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat Deutschland sich verpflichtet, seine Emissionen von Treibhausgasen bis spätestens 2012 um 21 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken. Das wird nur mit enormen Anstrengungen aller Städte, Gemeinden und Bundesländer gelingen. Bremen wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Ökologische Energieerzeugung führt weiter ein Schattendasein – der

Senat zeigt keinerlei Engagement, das geplante swb-Kohlekraftwerk in Bremen-Mittelsbüren zu verhindern. Statt mit dem Energieunternehmen über umweltfreundliche Alternativen zu verhandeln wird nur auf den Technikfortschritt bei Kohlekraftwerken verwiesen. So wird Bremen seine CO₂-Bilanz auf absehbare Zeit nicht verbessern.



Nah am Wasser gebaut

Wenn der Klimawandel nicht gebremst wird, geht Bremen baden

Die Schlachte steht unter Wasser, die Martinikirche versinkt in den Fluten, Land unter im Schnoor. Was nach einem Hollywood-Thriller klingt, könnte auf Bremen zukommen.

Schuld ist der Treibhauseffekt: Wie das Glas eines Treibhauses verhindern CO₂-Gase in der Atmosphäre, dass die Erde genügend Wärme ins All abgeben kann. Die Temperatur auf der ganzen Welt steigt, mit verheerenden Folgen für die Umwelt. Mehr Wasser verdunstet, dadurch werden Niederschläge stärker. Der Wasserdampf setzt in der Atmosphäre Energie frei, extreme Wetterbedingungen, wie zum Beispiel Stürme, nehmen zu. Die riesigen Gletscher beginnen an den Polen zu schmelzen, der Meeresspiegel steigt an.

All das könnte Bremen zum Verhängnis werden, denn bei Hochwasser bedrohen Nordsee und Weser unsere zwei Städte. Große Teile Bremens liegen unterhalb des Tidehochwasserstandes, ohne Deiche wären 85 Prozent der Stadt Bremen durch Überschwemmungen gefährdet.

Was können wir tun? Das Wichtigste ist, den Treibhauseffekt nicht weiter zu verstärken. Dessen Motor CO₂ wird beim Verheizen von fossilen Brennstoffen (zum Beispiel Kohle) freigesetzt. Wir müssen also umsatteln auf Erneuerbare Energien – Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme. Energie sparen sollte zur Selbstverständlichkeit werden. Natürlich kann und soll jede/r Einzelne einen Beitrag leisten. Vorangehen muss die Politik – aber die



Bereits 1999 hatte die grüne Fraktion unter dem Motto »Lieber Wasser auf den Wiesen, als auf ihren Teppichfliesen« gegen den ökologischen Irrsinn, Häuser im Brokhuchtinger Überschwemmungsgebiet zu bauen, protestiert.

große Koalition hat sich bislang nicht mit Ruhm bekleckert. Im Gegenteil: Statt auf Erneuerbare zu setzen, stellt sich der Senat nicht gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks. Mit der geplanten Vertiefung der Unterweser erhöht die große Koalition das Hochwasserrisiko für Bremen. Die Tidewelle der Nordsee könnte über den Fluss ungebremt ins Herz unserer Stadt schwappen. Zu allem Überfluss sollen Überschwemmungsgebiete bebaut werden: im Bremen Norder Gewerbegebiet Steindamm, im Hemelinger Fuldahafen und in Brokhuchting.

Immer wieder haben die Grünen im Parlament Anträge zum Klimaschutz gestellt, die Koalition folgte nur zögerlich. Dabei ist die Energiewende ein Wettlauf gegen die Zeit. Wir müssen jetzt handeln, sonst steht uns bald in Bremen das Wasser bis zum Hals!



Karin Mathes und Michael Kruse vom Arbeitskreis Energie bei der Veranstaltung der grünen Fraktion »Sonnige Zeiten – auch in Bremen!« im Café Ambiente.

Sonnige Zeiten

Werbeoffensive für Solarenergie

Wir wollen, dass verstärkt auf die Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung aufmerksam gemacht wird.

Die Energie der Sonne kann sowohl zur Stromerzeugung (Photovoltaik) als auch zur Wärmeversorgung genutzt werden. In Bremen gibt es zahlreiche Möglichkeiten dies mit Hilfe von Bundesprogrammen umzusetzen. Über das Wie können sich Bremerinnen und Bremer kostenlos beraten lassen. Das Problem: Die meisten wissen nichts davon!

Senat und Behörde haben zu wenig Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Mit einer breit angelegten Kampagne hätte man die Nutzung der Solarenergie in Bremen zügiger vorantreiben können. Mit einer Veranstaltungsreihe hat die grüne Fraktion auf die Thematik aufmerksam gemacht, das Interesse an Fördermöglichkeiten war groß!

Warum Sonnenenergie das Klima schützt

Die Sonne liefert täglich das 80-fache der Energie, die wir weltweit brauchen – umweltfreundlich und praktisch unerschöpflich. Das Argument, die

Sonne würde in Bremen nicht ausreichend scheinen, ist falsch. Die heutigen Anlagen können sowohl direkte Sonneneinstrahlung als auch diffuses – in Bremen häufig vorkommendes – Sonnenlicht in Wärme oder Strom verwandeln.

Das können Sie tun

Zum Beispiel in Solarthermie- oder Photovoltaikanlagen investieren! In Bremen gibt es dazu verschiedene Möglichkeiten: Über die Solardachbörse Bremen, eine internetgestützte Plattform, können Dachflächenbesitzer Betreiber von Solaranlagen finden und umgekehrt. Aber auch mit kleineren Beträgen kann man in die saubere Energie investieren, die Beteiligung an einer Bürgersolaranlage des BUND macht es möglich. Wenn sie ein eigenes Haus besitzen, lohnt es sich, über eine Solaranlage auf dem Dach nachzudenken. Aufgrund steigender Energiekosten rechnet sich die Installation meist schon nach einigen Jahren. Allerdings kommt die Errichtung nicht für jeden in Frage, Größe und Neigung des Dachs müssen stimmen.

Unter vollen Segeln

Windenergie ausbauen

Wir wollen, dass die zweite Stufe der Windkraftausbauplanung realisiert wird!

Von allen Erneuerbaren Energien erzeugt der Wind in Deutschland den meisten Strom. Die Windkraft birgt nicht nur für das Klima ein Riesipotenzial: Sie ist ein wichtiger Faktor für den Strukturwandel, auch im Land Bremen. Über 1000 Menschen arbeiten hier in der Windenergie, der Jahresumsatz liegt bei circa 500 Millionen Euro. Und die Branche wächst. Das spiegelt sich auch im universitären und beruflichen Ausbildungsangebot im Land Bremen wieder, zum Beispiel in der Forschungs- und Koordinierungsstelle für Windenergie an der Hochschule Bremerhaven. Neuland haben wir in Bremen mit Offshore-Anlagen betreten, eine erste Testanlage wurde 2004 in Bremerhaven errichtet. Die Exportchancen sind größer denn je.

In Bremen werden Windräder entwickelt und gebaut – nur das Aufstellen im eigenen Land hinkt hinterher. 1997 stellte der Senat noch knapp 100 Windräder in Aussicht, bis heute stehen in Bremen ganze 44. Immer wieder wurde die Aufstellung von

Windkraftanlagen in oder neben Gewerbegebieten durch den Wirtschaftssenator blockiert. Der alte Vorschlag, die Blockland-Deponie als Windpark zu nutzen, wartet seit Jahren auf Umsetzung.

Wir fordern einen weiteren Ausbau der Windkraft, um die Chancen für Klima und Wirtschaft im Land Bremen optimal zu nutzen!

Warum Windenergie das Klima schützt

Durch den Einsatz von Windkraftträdern vermeidet das Land Bremen im Vergleich zu 1993 den Ausstoß von 63.000 Tonnen CO₂, die bundesweite Einsparung lag im Jahr 2005 bei 23 Millionen Tonnen.

Das können Sie tun

Mittlerweile gibt es zahlreiche Altersvorsorge-Modelle, die per Fonds in Windenergie investieren, Tendenz steigend. Mit dem Bezug von Ökostrom, der zu einem großen Teil aus Windenergie gespeist wird, kann jeder Einzelne diese saubere Energie fördern.

Wasser Marsch

Weserkraftwerk endlich bauen

Wir wollen, dass das Weserwasserkraftwerk bald in Betrieb gehen kann!

Mit einem Anteil von 16 Prozent ist die Wasserkraft die weltweit bedeutendste erneuerbare Energiequelle für die Stromerzeugung. Ihr großer Vorteil: Sie ist immer verfügbar, hat einen hohen Wirkungsgrad und kann sogar Energie speichern.

Auch in Bremen tut sich endlich etwas: Das Planfeststellungsverfahren für das Weserwasserkraftwerk läuft. Das Werk wird rund 12.500 Haushalte mit Strom versorgen und jährlich 32.000 Tonnen CO₂ einsparen. Das Weserwasserkraftwerk war und ist ein Wunschkind der Grünen. 2001 wurde ein Antrag der grünen Fraktion zur zügigen Realisierung des Kraftwerks von der großen Koalition noch abgelehnt. 2005 trat endlich der Sinneswandel ein und es bestand fraktionsübergreifende Einigkeit – nach fast 20jährigem Bemühen grüner Bürgerchaftsfraktionen! Erleichtert wird das Projekt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Es verbessert die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb eines Weserwasserkraftwerks.

Wir fordern, dass die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zügig bearbeitet werden, damit das Kraftwerk möglichst bald in Betrieb gehen kann!

Warum Wasserkraft das Klima schützt

Bundesweit wurden im letzten Jahr 22 Millionen Tonnen CO₂ durch den Einsatz von Wasserkraft eingespart. Mit dem Weserwasserkraftwerk würde Bremen jährlich 32.000 Tonnen Kohlendioxid weniger in die Atmosphäre pusten.

Das können Sie tun

Das Wasserkraftwerk soll sich über einen Bürgerfonds finanzieren. Mit einer Beteiligung an diesem Fonds kann jede/r Einzelne sinnvoll Geld anlegen und gleichzeitig etwas für den Klimaschutz tun.

Das Bremer Weserwehr ist Standort für das neue Wasserkraftwerk



Energiesparen – ein dickes Plus für Umwelt und Konto

Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden auf Sparflamme

Wir wollen, dass die Stadt in ihren Gebäuden endlich alle Möglichkeiten des Energiesparens nutzt! Energie sparen ist effektiver Klimaschutz, denn jede Tonne CO₂ weniger schont die Umwelt. Die Kommune sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und in den öffentlichen Gebäuden den Energieverbrauch verringern. Das entlastet auch den Haushalt, denn schließlich kostet Strom Geld. Allein bei der Gesellschaft für Bremer Immobilien (GBI) laufen jährlich Energiekosten von 21 Millionen Euro auf.

Das Potenzial an Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden wurde bisher nicht genügend ausgeschöpft. Ein Beispiel: Seit dem Stromsparprogramm von 2002 starteten in gerade mal sechs öffentlichen Gebäuden Pilotprojekte zu einer effizienteren Energienutzung, mit Maßnahmen wie das Auswechseln von Glühbirnen. Das reicht nicht!

Eine rühmliche Ausnahme bildet das während der Ampelkoalition angeschobene Projekt ³/₄-plus. Mit ihm wurde der Energie- und Wasserverbrauch in den Bremer und Bremerhavener Schulen drastisch reduziert. Bis 2006 wurden bei den Energie- und Wasserkosten 5.678.700 Euro eingespart! Drei Viertel der eingesparten Summe bekamen die Schulen für eigene Projekte zurück. Ein Programm, das sich

für alle Beteiligten auszahlt! Nicht zuletzt werden die Schülerinnen und Schüler so früh durch praktische Beispiele für das Thema Umweltschutz und Energiesparen sensibilisiert.

Eine Möglichkeit, damit öffentliche Gebäude zum Klimaschutz beitragen, ist das ›Contracting‹. Es funktioniert so: Ein Gebäudebesitzer übergibt einem Energiespezialisten die Aufgabe, die Effizienz in seinem Gebäude zu verbessern. Der Auftraggeber spart Energiekosten und bezahlt mit einem Teil der eingesparten Summe die Berater – jeder gewinnt bei einem solchen Vertrag. Das Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven macht es vor: Durch den Energiespar-Garantie-Vertrag mit einem privaten Energiedienstleister spart die Klinik knapp 1 Million Euro jährlich. Investitionen in Klima-, Lüftungs- und Heizungsanlagen machen es möglich.

Als Verwalterin öffentlicher Gebäude sollte die GBI die Möglichkeit des Contracting endlich intensiv nutzen! Das spart Geld und schont das Klima. Energiesparmaßnahmen existieren bisher nur in geringem Umfang. Dabei führen viele Maßnahmen schon mit wenig Aufwand zum Erfolg.

Auch das öffentliche Wohnungsbaunternehmen Gewoba ist gefordert, in energiesparende Maßnahmen zu investieren. Nicht nur aus Umweltschutzgründen – für die Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen werden die explodierenden Energiepreise zu einer immer größer werdenden Belastung.

Weltraumheizung?



Das können Sie tun

Energie sparen kann jeder, zum Beispiel mit Energiesparlampen, schaltbaren Steckdosenleisten zum Ausschalten des Stand-by-Betriebs, Strom sparenden Elektrogeräten oder durch das Absenken der Raumtemperatur. In erster Linie hängen Energieverbrauch und CO₂-Emissionen allerdings von der Bauweise des Gebäudes und vom Heizungssystem ab. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Bauherren können somit ganz besonders zum Klimaschutz beitragen.

Damit die Zukunft nicht verbaut wird

Wir wollen, dass optimale Energienutzung in jeder Bauleitplanung berücksichtigt wird! Öffentliche Gebäude dürfen das Klima nicht länger unnötig aufheizen. Effiziente Energienutzung ist nachhaltig und spart Steuergelder. Häufig haben erst Gebäudesanierungen große Einsparungen zu Folge, zum Beispiel Maßnahmen zur Wärmedämmung. Nebeneffekt: Sanierungen stärken das Baugewerbe, schaffen Arbeitsplätze und kurbeln die Wirtschaft an.

Natürlich sollte Energieeffizienz am besten schon bei der Bauplanung berücksichtigt werden.

Hier gibt es in Bremen erhebliche Defizite. Die Koalition hat das Thema zu lange vernachlässigt! So wurde zwar bereits 1990 im Bremischen Energiegesetz festgelegt, dass bei der Errichtung neuer Gebäude energieoptimierende Maßnahmen verwirklicht werden sollen. Aber bis heute gibt es keine verbindlichen Regelungen für die Bauleitplanung – nach fast 16 Jahren! Dabei hat die grüne Fraktion die Problematik schon mehrfach in der Bürgerschaft eingebracht, zuletzt im Frühjahr 2006 mit dem Antrag ›Klima schützen – Energieeffizienz verbessern‹. Da zeigte die große Koalition endlich Einsicht, der Antrag wurde in der Bürgerschaft nicht wie sonst so häufig abgelehnt, sondern in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe weiter bearbeitet. Immerhin wurden im Anschluss daran ein Teil unserer Forderungen unterstützt. Durch die langjährige Blockade von CDU und SPD wurde viel Zeit und Geld verschenkt.

Die jetzigen Pläne des Senats: Ein Energiesparfonds wird eingerichtet, in fünf Wohngebieten sollen im Rahmen eines Pilotversuches Energieeffizienzziele festgelegt werden, zwei Bebauungspläne werden durch externe Fachleute auf Möglichkeiten zur optimalen Energienutzung überprüft. Das ist ein Anfang, aber nicht genug! Wir wollen, dass eine energieoptimierte Bauleitplanung Standard wird. Außerdem wollen wir die Beteiligung von Energiefachleuten bei Architektenwettbewerben.



Energiewende – Chancen fürs Handwerk

Umweltfreundliche Energietechniken und Energie-sparmaßnahmen bieten auch eine technologisch-wirtschaftliche Chance für den Standort. Gerade kleine und mittlere Betriebe mit entsprechendem Know-how können Arbeitsplätze sichern und ausbauen. Sei es durch den Bau moderner Windenergieanlagen für die Region und den Export, durch die Wärme dämmende Sanierung von Altbauten oder durch die Installation modernster Heizungsanlagen. Die sprunghaft steigenden Energiepreise machen eine effiziente und sparsame Energienutzung und den Einsatz umweltfreundlicher Energieträger immer rentabler.





Wolfgang Lüllmann und Johann Dirks von der Handwerkskammer Bremen informieren Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Fraktion, über den Erdwärmelehrpfad (von links nach rechts).

Die Bremer Handwerkskammer hat die Zeichen der Zeit erkannt und bietet interessierten Betrieben vielseitige Weiterbildungsmöglichkeiten im Energiesektor. Neben dem Vermitteln von Fachwissen geht es dabei auch darum, die Kunden auf Vorteile der neuen Techniken und staatliche Förderprogramme aufmerksam zu machen. Nur wenige Betriebe machen bisher offensiv Werbung für Erneuerbare Energien – meist kommen die Aufträge durch gezielte Kundennachfrage zustande. Eins steht fest: Photovoltaik, Solarthermie oder Holzpellets-Heizungen liegen im Trend und bilden einen wachsenden Markt.

Wärme aus dem Untergrund

Die Nutzung von Erdwärme ist in Deutschland wenig verbreitet. Anders im Ausland – das neueste Terminal am Züricher Flughafen wird beispielsweise mit Erdwärme beheizt und klimatisiert. Das Berufsförderungszentrum der Handwerkskammer Bremen hat eine Vorreiterrolle übernommen und auf seinem Gelände zu Fortbildungszwecken eine Erdwärmeheizung installiert. Ein 80 Meter tiefes Loch und eine Wärmepumpe sorgen dafür, dass die in der Erde gespeicherte Hitze genutzt werden kann. Diese innovative Verknüpfung von Qualifizierung der Handwerker und Hilfen zur Markterschließung sollte Vorbild für andere Energietechniken werden.

Das Bohren dicker Bretter

Beim Thema Klimaschutz lässt die grüne Fraktion nicht locker. Mit zahlreichen Anträgen und Anfragen haben wir die große Koalition zum Jagen getragen, in einigen Fällen mündeten sie in interfraktionelle Beschlüsse.

Die kompletten Anträge stehen auf der Internetseite der grünen Fraktion: www.gruene-bremen.de
Die vollständigen Debatten finden Sie unter www.bremische-buergerschaft.de

Die Bremer Politik und der Klimaschutz Eine kleine Dokumentation

Auswahl grüner parlamentarischer Initiativen seit 2003 (16. Wahlperiode):

- Interfraktioneller Antrag ›Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes‹, 2. 10. 2003,
- Kleine Anfrage und Mitteilung des Senats ›Vollzug und Umsetzung der Energieeinsparverordnung‹, 14. 9. 2004,
- Interfraktioneller Antrag ›Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen‹, 7. 12. 2004,
- Frage in der Fragestunde ›Nutzung der Fernwärme des Müllheizwerks‹, 22. 2. 2005,
- Antrag ›Klima schützen, Energieeffizienz verbessern‹, 3. 6. 2005,
- Frage in der Fragestunde ›Entwicklung der Energiekosten in der Stadtgemeinde Bremen‹, 8. 11. 2005,
- Frage in der Fragestunde ›Gaspreiserhöhung‹, 8. 11. 2005,
- Antrag ›Klimaschutz in der Energiepolitik verankern‹, 24. 1. 2006,
- Antrag ›Umweltfreundliche Energieversorgung statt Kohlekraftwerk‹, 7. 3. 2006,
- Frage in der Fragestunde ›Gebäude sanieren und Energie sparen mit günstigen KfW-Krediten, 21. 3. 2006
- Mitteilung des Senats (folgte auf den grünen Antrag ›Klima schützen und Energieeffizienz verbessern‹
›Klima schützen – Energieeffizienz verbessern‹
- Antrag ›Blockland-Deponie als Standort für Erneuerbare Energien nutzen‹, 20. 6. 2006,

Hochwasserschutz: Brisanz verkannt

Auszug aus der Aktuellen Stunde des Parlaments am 21. 8. 02

Hintergrund

Im Sommer 2002 zerstört das Elbhochwasser ganze Landstriche in Deutschland und bei seinen Nachbarn. Die Grünen nehmen die Jahrhundertflut zum Anlass, in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft erneut auf ein auch für Bremen wichtiges Thema einzugehen – ›Klima- und Umweltschutz sind unverzichtbar für Hochwasserschutz‹. Trotz aller Warnungen: Bis heute hält die große Koalition an der geplanten Vertiefung der Unterweser fest.

Die wirklichen Sündenfälle gibt es im Bereich der allgemeinen Umweltpolitik (...), die damit verbunden sind, dass wir auch in Bremen Hochwasserkatastrophen riskieren. Nummer eins sind Planung und Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten. Sündenfall Nummer zwei sind Versiegelung und Gewerbeflächenschließung (...). Das ist Wegnehmen von Wasserspeichern, die wir dringend brauchen bei den zunehmenden Niederschlagsmengen. Nummer drei ist die geplante weitere Vertiefung von Außen- und eventuell sogar Unterweser. Das würde definitiv bedeuten, dass der Sturmflutschwelle höher aufläuft.

Karin Mathes, Grüne

Wasserkraftwerk: Was lange währt...

Auszüge aus der Parlamentsdebatte am 20. 4. 05

Hintergrund

SPD und CDU beantragen im März 2005 den ›Neubau eines Wasserkraftwerks am Weserwehr Bremen‹. Die Bürgerschaft nimmt den Antrag im April einstimmig an. Kurios: Die Grünen hatten seit 20 Jahren versucht, den Bau eines Wasserkraftwerks durchzusetzen – stets ohne Erfolg. Zuletzt lehnte die Große Koalition einen grünen Antrag 2001 ab.

Das Weserwasserkraftwerk war und ist weiterhin eines der Wunschkinde der Grünen. Wir freuen uns hier auch über den doch eingetretenen Sinneswandel der großen Koalition. Als Erinnerung: Ich habe 2001 in die Deputation für Umwelt und Energie einen Beschlussvorschlag eingebracht, und zwar hatten wir da auf der Tagesordnung von der Verwaltung die Vorlage ›Neubau eines Wasserkraftwerks am Weserwehr Bremen‹, und ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten diesen Beschlussvorschlag: ›Die Deputation für Umwelt und Energie erwartet vom Senator für Bau und Umwelt, dass er für eine zügige Realisierung des energie- und klimapolitisch bedeutsamen Projektes Weserwasserkraftwerk Sorge trägt. Das Planfeststellungsverfahren muss baldmöglichst eingeleitet und zügig vorangetrieben werden.‹ Soweit das Zitat aus der Deputationssitzung! Leider konnten Sie, Herr Imhoff (CDU-Abgeordneter, Anmerkung der Redaktion), und Ihre Fraktion damals diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Karin Mathes, Grüne

Kohlekraftwerk: Alle guten Vorsätze vergessen

Auszüge aus der Parlamentsdebatte am 21.3.06

Hintergrund

Die Grüne Fraktion stellt im März 2006 den Antrag ›Umweltfreundliche Energieversorgung statt Kohlekraftwerk‹. Auslöser ist der swb-Plan, in Bremen ein neues Kohlekraftwerk zu bauen. SPD und CDU lehnen den grünen Antrag ab. Zur Erinnerung: Erst ein Jahr zuvor hatte die Große Koalition ein Umsteigen auf Erneuerbare Energien gefordert.

Der Bau eines Steinkohlekraftwerks ist ein Griff in die Mottenkiste. (...) Der bereits hohe Kohlendioxidausstoß durch Stromerzeugung in Bremen würde sich nach Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz verdoppeln.

Karin Mathes, Grüne

Schon vergessen?

Wir haben in Bremen den Anteil von 73 Prozent Steinkohle, (...), und nur einem Prozent regenerativer Energien. 73 Prozent Steinkohle sind nicht wirklich förderlich für die Umwelt, denn der CO₂-Ausstoß bei der Steinkohlestromerzeugung ist schon enorm.

Frank Imhoff, CDU, am 20. 04. 05



in der Bremischen Bürgerschaft

Impressum

Herausgeberin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der Bremischen Bürgerschaft
V.i.S.d.P.: Dagmar Bleiker
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Grafische Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Marlis Schuldt
Jörg Möhlenkamp
dm-bremen.de

Text Merret Nommensen
Dagmar Bleiker

Fotos Bleiker, Dittmar, Kollande, Quick, Stoss
Thorsten Berndt, Andreas Birresborn
SeeBA Energiesysteme GmbH
Bundesverband WindEnergie e.V., www.wind-energie.de
Vestas Central Europe

Druck Girzig & Gottschalk
auf 100 % Recycling-Papier

Oktober 2006

